

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erstheft jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. * Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Friede im Baugewerbe

Noch einmal hat die Vermittlung im Baugewerbe gesiegt. Die Generalausperrung ist vermieden, der Friede in den Kampfgebieten wiederhergestellt.

Dieser Ausgang dürfte die Kollegen einigermaßen überraschen. Nach der Sachlage, wie wir sie in Nr. 35 der „Baugewerkschaft“ darstellen mußten, schien nur noch der Kampf übrig zu bleiben. Der Schiedsspruch vom 14. August war unannehmbar und von allen Bauarbeiterverbänden abgelehnt.

Dennoch ist es ein fürchtbar schweres Ringen gewesen. Abgesehen von der Einleitung, sind die Verhandlungen von dem amtlichen Vorsitzenden getrennt mit den Parteien geführt worden.

Daran trug vor allem der Tiefbau die Schuld. Mit harter Beharrlichkeit erklärten seine Vertreter, keinerlei Zugeständnisse in der Lohnfrage machen zu können.

Von einer Einigung ist man gleichwohl noch weit entfernt. Die Mitternacht hat lange geschlagen, als uns das letzte Angebot der Unternehmer mitgeteilt wird.

Der Schiedsspruch vom 14. August 1925 wird beiderseits mit folgender Maßgabe anerkannt:

- 1) In Ziffer 1 werden die Spitzenlöhne der Maurer und Bauhilfsarbeiter wie folgt anerkannt:
 - a) Provinz Sachsen-Anhalt
 - Magdeburg 1.05 M. 0.90 M.
 - Halle (Saale) 1.03 " 0.88 "
 - b) Freistaat Sachsen 1.08 " 0.89 "
- 2) Ziffer 2-5 des Schiedsspruches vom 14. August 1925 bleiben bestehen.
- 3) Die Vereinbarung vom 10. August 1925 bleibt in Kraft mit der Maßgabe, daß neben dem unparteiischen Vorsitzenden, der vom Reichsarbeitsministerium ernannt wird, von jeder Partei je ein unparteiischer Beisitzer bestellt wird.
- 4) Die Gipser- und Plattenlegerlöhne in Baden bleiben 10 Pf. über dem Facharbeiterlohn.
- 5) Die oben genannten Löhne treten am Montag, den 31. August, in Kraft.
- 6) Die Arbeit wird möglichst sofort wieder aufgenommen.
- 7) Maßregelungen aus Anlaß der Teilnahme an den Arbeitskämpfen finden beiderseits nicht statt.

gez. G. Behrens, Otto Heuer, Grages, Julius Berger, Erik Paepow, W. Wolgast, Jof. Wiedeberg, Otto Schmidt.

Die genannten Stundenlöhne sind Spitzenlöhne. Die nachgeordneten Lohngebiete erhalten die gleiche Anzahl Pfennige Lohnerhöhung wie die Spitzenorte.

Die neue Vereinbarung bringt gegenüber dem Schiedsspruch vom 14. August d. J. folgende Verbesserungen:

In Prov. Sachsen und Anhalt	den Facharbeitern	den Bauhilfsarbeitern
Freistaat Sachsen	4 Pf.	3 Pf.
Mecklenburg	1 "	2 "
Berlin	5 "	4 "
Kassel	—	2 "
Unterbaden	2 "	3 "
Oberbaden	2 "	5 "

Wir hoffen, daß die Kollegen in den Kampfgebieten und auch anderwärts den Erfolg, der in diesen Zahlen liegt, zu würdigen wissen. Wenn man die Schwierigkeiten, die dieser Vereinbarung entgegenstanden, voll ermessen will, so muß man daran denken, daß zur gleichen Zeit, als für das Baugewerbe im Reichsarbeitsministerium verhandelt wurde, Verhandlungen für die Reichsbahn, für das Bankgewerbe und noch einige kleinere Gruppen geführt wurden.

Ein Flanzenstoß gegen die Bauarbeiterfront

Man darf sich föhlich wundern, daß im Baugewerbe überhaupt noch eine Vereinbarung zustande gekommen ist. Während Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsministerium überlegten, wie die drohende Ausbreitung des Kampfes über ganz Deutschland durch eine Verkündung zu vermeiden sei, holte das gesamte deutsche Unternehmertum zu einem Flanzenstoß gegen die Bauarbeiterfront aus, wie er niederträchtiger und gefährlicher nicht gedacht werden kann.

gen verlangt, die weit über das Baugewerbe hinaus den Lohnstand und damit den Preisstand beeinflussen müßten.

Die deutschen Bauarbeiterlöhne liegen schon über dem Lohndurchschnitt. Sie bewegen sich zwischen 70 bis 95 Pf. je Stunde für den ungelerten und 80 bis 1,26 M. für den gelernten Arbeiter und liegen gegenüber einer Teuerungsziffer von rund 140 Prozent auf 140-180 Prozent der Vorkriegslöhne.

Der Index der Baukosten ist um rund 40 Punkte höher als das allgemeine Preisniveau. Die privaten Bauaufträge, früher vier Fünftel der Bautätigkeit, sind hauptsächlich wegen der Verteuerung in der Abnahme begriffen.

Nach Lage der Gesamtwirtschaft wie der Bauwirtschaft im besonderen ist eine Lohnerhöhung unmöglich. Neue Lohnerhöhung bedeutet neue Verteuerung der Bauten, bedeutet die Gefahr der Beibehaltung der Gleitpreise im Bauvertrag, bedeutet Lohnerhöhung zunächst auch in den Baustoffindustrien und damit die Gefahr des Zusammenbruchs der privaten Bauwirtschaft, der durch Bauprogramme der öffentlichen Hand auch nicht annähernd ausgeglichen werden könnte.

Der Zusammenbruch der Bauwirtschaft würde zwei Millionen Arbeitnehmer treffen.

Lohnerhöhungen im Baugewerbe würden sich sofort auch in Industrie, Handel und Handwerk fortsetzen und Preiserhöhungen nach sich ziehen, die ihrerseits wieder neue Lohnforderungen zur Folge hätten.

Nach dem Zustand der Bauwirtschaft ist an einer guten Entlohnung und Lebenshaltung interessiert. Aber nicht nominelle Lohnziffern, sondern nur Verbilligung der Produktion und damit Stärkung der Kaufkraft kommen Verbrauchern und Arbeitnehmern zugute.

Alle Volksgewissen richten wie diese Auffassung, damit das Maß der Verantwortung geklärt ist. Wer die Bauarbeitgeber bei Fortdauer des Streiks mit Entziehung der Bauaufträge, mit Fortsetzung der Bauten in eigener Regie oder mit Uebertragung der Arbeiten an Außenleister bedrängt, trägt zur weiteren Verteuerung und Verschlechterung der Bauwirtschaft mit bei und schädigt die Allgemeinheit.

Die unterzeichneten Spitzenverbände erwarten, daß ihre Beweggründe verstanden werden, daß sich vor allem die hinter ihnen stehenden Kreise in Industrie, Handel, Handwerk, Landwirtschaft, Banken und Versicherungen in ihren Entschlüssen danach richten.

Noch aufreizender als der Inhalt dieses Pamphlets wirkt die Namensliste der unterzeichneten Organisationen. Sie ist sie:

- Reichsverband der Bauleitungen, Zentralverband des Deutschen Bau- und Bauerngewerbes, Deutscher Industriekundendienst, Deutscher Handwerks- und Gewerbetag, Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, Reichsverband des Deutschen Handwerks, Reichsverband der Privatversicherer, Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen, Hauptgewerkschaft des Deutschen Einzelhandels, Zentralverband des Deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Reichsverband der Deutschen Industrie, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Wohlgemerkt: Unter den Herrschaften, die in moralischer Entrüstung über die Löhne der Bauarbeiter machen, befinden sich die Banken, die mit ihrem Zinswucher die deutsche Wirtschaft in die schwerste Bedrängnis gebracht haben; befindet sich die Landwirtschaft, die soeben ihre Schutzölle nach Hause getragen hat, die auch die Bauarbeiter in Form erhöhter Preise mitbezahlen dürfen; befinden sich die kleinen Badenküster, die nicht von den Großindustriellen, sondern von der Masse der arbeitenden Volk, nicht zuletzt von den Bauarbeitern...

tern, leben; befindet sich das Handwerk, das ohne die geringsten inneren Hemmungen Unkosten aufschläge von 70, 80 und noch mehr Prozent auf die Arbeiterlöhne draufknallt. Wir lassen uns nicht leicht aus der Ruhe bringen, aber solche Namen unter einem solchen Plakat kann man nur mit einem Zähneknirschen lesen. Auf 276 Mark hat der Kaiser General v. Colomb den monatlichen Notbedarf einer fünfköpfigen Familie berechnet. Mit dem höchsten Tariflohn kann kein deutscher Bauarbeiter soviel verdienen. Aber eine deutsche Großbauern zahlte in diesem Frühjahr an jeder ihrer Holidirektoren eine Lantime von 100 000 Mark. Wohlgerneht als Extravergrütung, neben dem Gehalt, das auch noch etwas höher als der Maurerlohn sein soll.

Mit herzerfrischender Deutlichkeit hat „Der Deutsche“ das Unternehmertum als das bezeichnet, was es ist: „ein Dokument der Schande.“ Weiter schreibt unsere Tageszeitung: „Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um eine großangelegte Freiführung der Dessenlichkeit, es handelt sich darum, durch eine tendenziös unrichtige Darstellung der Lage im Baugewerbe der gesamten Arbeitnehmerschaft die Möglichkeit, höhere Löhne zu erlangen, zu entziehen.“

Schon vor dem Kriege waren die Löhne der Bauarbeiter in Berücksichtigung des Saisoncharakters des Gewerbes so, daß eine förmliche Flucht aus dem Baugewerbe stattfand. Nachdruck für das Gewerbe war ebenfalls nicht zu erhalten. Erinnerung muß an die vielfachen Vertreibungen werden, dem Mangel an qualifizierten Arbeitern im Baugewerbe Einhalt zu tun. Trotz dieser Knappheit an Arbeitern weisen die Löhne der Bauarbeiter keine Ueberspannung auf. Wo die Löhne mehr stiegen als die Teuerungsziffer, handelt es sich um Löhne, die einfach keine Existenzmöglichkeit gestatteten. Im allgemeinen bewegen sich auch die erhöhten Bauarbeiterlöhne unter dem Realeinkommen der Vorkriegszeit, zumal auch die Arbeitszeitverkürzung in Rechnung zu stellen ist. Auch die in Großstädten veranzelt anzutreffenden hohen Akkordlöhne von Spezialarbeitsgruppen weisen keine höhere Steigerung auf als die Lebenshaltungs-Zubehörer.

Maßgeblich für die Bemessung der Löhne soll allerdings die Leistung sein. Trotzdem die Vorkriegsreallohn im allgemeinen nicht erreicht sind, ist die Leistung der Bauarbeiter erheblich gestiegen. Man sehe sich nur auf den Bauten um. Da wird nicht mehr gearbeitet, sondern geschuftet. Vielfach ist Akkordarbeit die Regel. Die Revolutionspsychose mit ihrer Arbeitsunlust ist längst überwunden.

Wären die vereinten Arbeitgeber, die sich so gegen die angeblich hohen Bauarbeiterlöhne entrüstet, von dem ehrlichen Willen getragen, die Wahrheit zu ermitteln, so hätten sie sich daran geben müssen, die Lohnkosten am Baupreis festzustellen. Heute sind die Lohnkosten im Verhältnis zum Preis erheblich niedriger wie in der Vorkriegszeit. Wenn trotzdem die Baupreise die Gesamtteuerung um 10 Prozent übersteigen, so tragen dafür die Verantwortlichen die Grundstückspekulanten, die Preispolitik der Kartelle der Zigarillen, der Kaffeeplantagen, der Zementfabriken, der Holzhändler usw. Hier liegen die wirklichen Ursachen der Teuerung auf dem Baumarkt.

Die vereinten Arbeitgeberverbände handeln volkswirtschaftlich verantwortungslos, indem sie die von ihnen wohl ausreichend betrachteten niedrigen Löhne der Industriearbeiter als maßgeblich und angebracht für die deutsche Wirtschaft hinzustellen sich bemühen.“

Die Deckung der Kriegskosten

Wir haben in unserem Verbands bis zur ernsthaften Drohung mit der Ausperrung von der Erhebung von Extrabeiträgen abgesehen, einmal, um soweit als irgendmöglich Sonderbelastungen von den Mitgliedern fernzuhalten, dann aber auch, um die Unernehmer nicht in ihrem Kampfeswillen, der auf den finanziellen Zusammenbruch der Bauarbeiterverbände eingeleitet war, zu beiräten. Die Kollegen können sich aber selbst berechnen, daß die monatlichen Kämpfe uns ein gewaltiges Stück Geld gekostet haben. Wir befinden uns auch jetzt, nach Beilegung der Kämpfe, keineswegs in einer Lage, daß man sagen könnte, wir sind hier heraus. Demnach laufen die Beitragsabkommen in anderen, bisher bestrittenen Gebieten ab. Es bedarf keiner Prophezeie, um voranzusagen, daß sich ihre Erneuerung auch nur unter gewaltigen Hemmungen und Widerständen vollziehen wird. Wir müssen daher von unseren Mitgliedern verlangen, daß sie durch Zahlung des in der vorigen Nummer ausgedruckten Zuschlagbeitrages für die Woche vom 23. bis 30. August d. J. ein besonderes Opfer für die Auffüllung unseres Kampffonds bringen. Bemerkenswert sei, daß Verbandsvorstand und -Zustand gemeinsam mit den Bezirksleitern in der Sitzung am 17. und 18. August auch für den Fall, daß die Ausperrung nicht eintritt, einen Extrabeitrag in ähnlicher Höhe wie der geordnete Zuschlagbeitrag beschlossen haben. Wie die Situation vorige Woche stand, mußte mit Bestimmtheit angenommen werden, daß zu Beginn der letzten Woche die allgemeine Ausperrung einträte würde. Infolgedessen ist in der letzten Nummer der Beschluß bezüglich des Zuschlagbeitrages bekanntgegeben worden.

Dieser Beschluß bleibt nun bestehen mit der Maßgabe, daß der Zuschlagbeitrag für die Woche vom 23. bis 30. August, wie schon angegeben nur für sechs Tage, in Höhe eines Stundenlohnes für jeden Tag gezahlt werden muß. Um den Mitgliedern die Zahlung zu erleichtern, wird die Zahlungsfrist bis zum 13. September verlängert. Bis zum letztgenannten Termin muß jedes Verbandsmitglied, das nicht an wochenlangen Streiks oder Ausperrungen beteiligt war, sechs Stundenlohn als Zuschlagbeitrag gezahlt haben. Es dürfte das den Mitgliedern nicht schwer fallen, wenn sie daran denken, daß die freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbände von ihren Mitgliedern noch größere Opfer verlangen.

Es ist unser fester Wille — und er muß es sein — in unserer Lohnbewegung keine Rückschläge einzutreten

zu lassen, dann müssen wir das Bock, das die langen Kämpfe in unsere Hauptklasse gerissen haben, schnellstmöglich wieder ausfüllen. „Durch größeren Opfermut zur Befestigung unserer Position“ muß die Parole sein.

Die Preisabbauaktion der Regierung

Reichskanzler Dr. Luther verfolgt ein hohes Ziel. Die Preise steigen, und von dem Inkrafttreten der neuen Fülle wird allgemein eine weitere Steigerung des Preisniveaus erwartet. Der Reichskanzler Dr. Luther aber jagt, die Preise müssen ermäßigt werden, und zwar pünktlich zum 1. Oktober. Das Mittel, mit dem er das bisher Unmögliche zuwege bringen will, ist die Ermäßigung der Umsatzsteuer, die sich diesmal ganz bestimmt in den Preisen auswirken soll. Weiter hat die Reichsregierung folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einflussreichen Einzelunternehmungen ausgehen, werden künftig alle Machtmittel der Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Nachstellungen vom 2. November 1923 (Kartellverordnung) in Anwendung gebracht werden, und zwar auch dann, wenn diese Kartelle usw. sich nur auf Teile des Reichsgebietes, zum Beispiel nur auf einzelne Länder oder Gemeinden, erstrecken. Dabei soll dieses behördliche Einschreiten nicht nur im Verwaltungswege, sondern auch im weiteren Umfange als dies bei der bisherigen Wirtschaftslage notwendig war, durch Klage vor dem Kartellgericht erfolgen. Klauseln, die eine preissteigernde Wirkung haben können oder aus anderen Gründen wirtschaftlich schädlich sind, werden künftig im Sinne des § 1 der genannten Verordnung als die Gesamtwirtschaft und das Gemeinwohl gefährdend, angesehen werden. Hierzu gehören u. a.: Reparaturklauseln, Goldklauseln, Geldentwertungsklauseln, Klauseln, die eine gleitende oder freibleibende Preisbewegung zum Ziele haben, Treuarbeitsklauseln, Klauseln über die Preisbildung der folgenden Wirtschaftsklassen, Gegenseitigkeits- und Ausschließlichkeitsklauseln.

Falls die Durchführung dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Verschärfung der Kartellverordnung vorschlagen.

Insbesondere wird dazu eine Abänderung der genannten Verordnung derart in Aussicht genommen, daß im Verkehr mit Lebensmitteln Verträge oder Beschlüsse der im § 1 der genannten Verordnung bezeichneten Art von jedem Beteiligten auch ohne wichtigen Grund fristlos gekündigt werden können, wenn sie Verpflichtungen über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen für Lebensmittel enthalten.

2. Das Reich wird in Anknüpfung an bereits ergriffene Maßnahmen innerhalb der Reichsressorts mit den Ländern und Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz in vollem Umfange wieder zur Geltung kommt. Die Einführung einer Pflicht zur Bekanntgabe aller bei Abgabe der Offerten eingegangenen Preisbindungen wird dazu erforderlich werden. Ferner wird bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigten gezeichnet sind, sollen gesetzlich unter Strafe gestellt werden.

3. Den gesetzgebenden Körperschaften wird ein Gesetzesentwurf zur Aufhebung der Geschäfts-aufsicht, die mit der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 zur Abwendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung vorgelegt werden.

4. Die öffentlichen Gelder des Reiches werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldsätze entsteht, vielmehr der Antriebs für ihre Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden, wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundätze bei der Ausleihung öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten.

Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Produzenten und Konsumenten, auf, im eigenen Interesse die eingeleitete Gesamtkaktion zur Verbillichung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Spitzenorganisationen der Wirtschaft haben bereits zugesagt, ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Auswirkung der Steuerermäßigungen, insbesondere der Ermäßigung der Umsatzsteuer auf ein Prozent, in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitestgehende Unterstützung; die zuständigen Ressorts werden Verhandlungen in diesem Sinne aufnehmen.

Das Reichsbankdirektorium hat dazu heute folgenden Beschluß gefaßt:

Das Reichsbankdirektorium ist den Maßnahmen und Absichten der Reichsregierung in der Richtung des Preisabbaus in vollem Umfange beigetreten und wird der Durchführung derselben in seinem Dienstbereich jede nur mögliche Unterstützung leisten. Insbesondere wird die Reichsbank bei ihrer Kreditpolitik auf Anträge der Kartelle und Preiskonventionen systematisch abzugeben und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen.“

An dem guten Willen der Reichsregierung wirklich eine Preislenkung herbeizuführen, braucht nicht gezweifelt zu werden. Ob auch ihre Macht soweit reicht, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Bereits vor einem Jahr hatte die Regierung ganz ähnliche Maßnahmen ergriffen, um den Preisabbau zu „erzwingen“. Der Erfolg der mit großem Tamtam eingeleiteten Aktion war damals gleich null. Heute liegen die Aussichten für eine allgemeine Preislenkung eher noch ungünstiger als vor einem Jahre. Wir befinden uns mitten in einer Aufwärtsbewegung der Preise, dazu winken die neuen Fülle. Auch die „Zujagen“ der großen Wirtschaftsorganisationen, den Preisabbau mit durchzuführen zu helfen, wiegen bei uns nicht allzu schwer. Wir haben bis jetzt nur, daß das großindustrielle Unternehmertum die angekündigte Preislenkung als willkommene Barrikade betrachtet, hinter der sich Löhnerhöhungen so bequem abwehren lassen. „Man kannes nach den Erfahrungen der letzten Jahre begreifen, daß die Arbeitnehmer dem Ergebnis der Preisabbauaktionen skeptisch gegenüberstehen und überhaupt in der Arbeiterschaft der Argwohn besteht, daß von allen Maßnahmen gegen die Teuerung wenig übrig bleibe, außer dem Versuch, einen Druck auf die Löhne auszuüben.“ So schrieb dieser Tage die „Vossische Zeitung“ (Nr. 403), und sie gab damit die Stimmung der Arbeiterschaft zutreffend wieder.

Wir warten also ab, ob der angekündigte Preisabbau wirklich eintritt. Kommt er, dann darf sich die Regierung eines sehr großen Erfolges rühmen, und wir werden die ersten sein, die das anerkennen. Bis dahin aber ist gesteigerte gewerkschaftliche Wachsamkeit am Platze. Die Arbeiterschaft ist zu oft enttäuscht worden, um sich jetzt noch durch Versprechungen einlullen zu lassen.

Deflation und Befundung

Von Dr. Emil van den Boom, M.-Glabbach.

Umstellung der Wirtschaft. — Kreditrestriktion und Konzerne. — Entwicklungslinien in der Konzernbildung. — Das Führerproblem. — Der Einzelbetrieb.

Die Rückbildungen und Umschichtungen, die wir seit Monaten in der deutschen Wirtschaft erleben, und die in dem teilweisen Abbau des Stinneschen Privatkonzerns besonders typisch in die Erscheinung traten, sind im wesentlichen eine Folge von Währungsstabilisierung und Kreditrestriktion. Man kann sie auch als eine Umstellung des im Kriege und in der Nachkriegszeit aufgeblähten, viel zu großen Erzeugungsapparates auf den durch die Verarmung Deutschlands sowie die internationale Schwächung der Kaufkraft der Völker verminderten Bedarf bezeichnen. Ist doch der Weltmarkt um etwa 18 Prozent gegen die Friedensziffer zusammengeschrumpft, und Deutschlands Anteil am Weltmarkt seit 1913 von 12,3 auf 5 1/2 v. H. gesunken. Dieser Prozeß der Rückbildung und Vereinigung dürfte sich auch weiterhin fortsetzen. Auf der Kölner Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die jetzige Gesamtanleihe von Reichsbank, Rentenbank, Privatnotenbank und Golddisfonten, also aus erster Hand, auf 2 1/2 Milliarden Mark beziffert, und dies als das „Höchstmäß des zurzeit Tragbaren“ bezeichnet. Damit hat der Reichsbankpräsident zum Ausdruck gebracht, daß unsere Wirtschaft auf keine höhere Kreditgewährung aus diesen ersten Gründen rechnen könne, „es sei denn, daß die Wirtschaft eine bessere Grundlage für die Höhe des Notenumlaufes schafft“. Die Wirtschaft wird sich also nach der Decke der Kreditgewährung strecken müssen, statt daß, wie manche wünschen, der Kredit für die übergroße Decke der Wirtschaft weiter erweitert wird.

Die bisherige Wirtschaftsbereinigung hat vornehmlich in den sogenannten Finanzkonzernen und ähnlichen, im wesentlichen während der Inflationszeit entstandenen, auf Spekulationen aufgebauten Wirtschaftsgebilden Platz gegriffen. Für diese erwies sich das vorhandene Betriebskapital als zu knapp. Infolgedessen wurde es notwendig, daß diese Gebilde abgebaut wurden, d. h., es mußte, ohne daß dies auch der Öffentlichkeit immer in weiterem Umfange bekannt wurde, eine Reihe von Unternehmungen, die für den Gesamtzweck des Konzerns nicht unentbehrlich waren, abgestoßen werden, um dadurch flüssige Mittel zu gewinnen, mit deren Hilfe die Schwierigkeiten des Konzerns überwunden werden konnten. Aus dieser Konzernbäumung nun etwa folgern zu wollen, die Idee der vertikalen Gliederung, die zur Hauptsache den Konzernen zugrunde liegt, sei überlebt, dürfte abwegig sein, insbesondere für das Gebiet von Kohle und Eisen. Die Finanzkonzerne sind unorganisch, die Sachkonzerne dagegen organisch. Die auf produktionswirtschaftlichen Erwägungen sich aufbauenden Formen, die unter dem Gesichtspunkte der Rationalisierung erfolgt sind und eine erhöhte Konkurrenzfähigkeit auf dem Heimat- wie auf dem Weltmarkt zum Ziele haben, werden weiter festen Bestand haben. Eine Darstellung der Großwirtschaft an der Ruhr von Dr. H. Spethmann z. B. läßt erkennen, daß die augenblickliche Entwicklung als eine Teilercheinung in einem jahrzehntelangen organischen Entwicklungsprozesse zu bewerten ist, der die Bilder des Aufbaues und Abbaues schon wiederholt durchlebt hat. Die Geschichte der großen, Eisen und Kohle umfassenden Werke erweist, daß eine wirtschaftliche Krise für die Konzerne keine Zeit der Auflösung oder der Zerstörung gewesen ist, sondern nur eine solche der Hemmung, der Stagnation, während der eine Sanierung in Form einer Säuberungsaktion von allem Ueberflüssigen einlepte. So muß man z. B. sehr genau unterscheiden zwischen dem privaten Stinneskonzern und jenem Elektromotorenkonzern Siemens-Rheinlabe-Schudert-Union, der durch und durch das Kennzeichen des Realkonzerns trägt. So wenig durchsichtig im einzelnen auch die Zusammenschlußbewegung sein mag, so läßt sich doch eine Reihe von Entwicklungslinien herausheben, die immer wiederkehren und nach Spethmann folgende sind: Auf

technischem und wirtschaftlichem Gebiete, diesen beiden Grundlagen der Produktion, liegen die zuerst greifbaren Vorteile der Konzernbildung. Technisch in zwei Richtungen: Erstens eine rationellere Auswertung der Rohstoffe und ihrer Nebenprodukte, zweitens Selbstversorgung und Betriebsausnutzung. Finanzielle Ersparnisse in zweierlei Linien: Einengung des Zwischenhandels und Zurückdrängen der Konkurrenz. Außerdem wird Kapital frei, das Halten großer Rohstofflager vernotwendigt sich nicht mehr, eine Kapitalbeschaffung wird durch Größe und Ansehen sogar erleichtert. Ueberdies kann das Kapital haufmässig selbst verwaltet werden. Allgemeinwirtschaftlich ergibt sich aus diesen Vorzügen eine Verteilung und dadurch eine Minderung des geschäftlichen Risikos. Ueber den wirtschaftlichen Triebkräften steht der Gedanke an Macht und Einfluß im Interesse der Gesamtwirtschaft. „Diese Gruppen von Motiven können beschleunigt und verstärkt werden durch politische Umstände, die den jeweiligen Zeitverhältnissen entspringen. In den letzten Jahren gab außenpolitisch die zwangsweise Abtrennung weiten linksrheinischen Besitzes den Anstoß zu Um- und Neugruppierungen; oder durch Besitznahme in außerdeutschen Gegenden war es möglich, in Gebiete zu gelangen, die uns gegenwärtig verschlossen sind. Innenpolitisch ist die Abwehr der gegenteiligen Strömung, der Sozialisierung, ein starker Antrieb für die Konzernbildung gewesen.“

Neben den unleugbaren Vorteilen der vertikalen Gliederung sind aber auch deren Gefahren nicht zu verkennen, die mit ihr verbunden sein können. Als eine sieht Spethmann das Führerproblem. „Seit der Konzernbildung liegt die Gefahr nahe, daß manche der einst selbständigen Stellen zur Schablone einer Nummer herabsinkt. Ein warnendes Beispiel sind die Folgen der routinemäßigen Tätigkeit in unseren Großbanken, die bis in die Spitzen hinauf auf Grund einer gewissen Tradition geleitet werden; ein warnendes Beispiel sind auch die amerikanischen Erfahrungen bei den großen Trusts, nach denen nicht diese, sondern das Unternehmertum mäßigen Umfangs die Pflanzstätte eines tüchtigen Nachwuchses abgibt.“ Da man aber an der Ruhr die mehr lebhafte Verbindung der Interessengemeinschaft wählte, sei die Bürokratisierung vorläufig noch hintangehalten, und die freie, persönliche Verantwortung in den Vordergrund gehoben. Den hier zur Schau getragenen Optimismus möchten wir nicht so ohne weiteres teilen, und möchten einem Artikel von G. Bernhardt im „Magazin der Wirtschaft“ (Nr. 17) zustimmen, in welchem er die Frage aufwirft, wie überhaupt das Erbe großer Kaufleute von den Söhnen erhalten und vermehrt werden kann, und wie die Erfahrungen mit der zweiten und dritten Generation zu sein pflegen. Er vertritt hier die Ansicht, daß die Aufgabe von den Familien selbst aus verschiedensten Gründen fast nie gelöst werden kann, und daß der Ausweg nur im „Wahlkönigtum“ ist, das den herangezogenen Kräften dieselbe „Legitimität“ zugesteht, wie der alten Dynastie.

Wenn aber der Betrieb mäßigen Umfangs die Pflanzstätte eines tüchtigen Führernachwuchses abgibt, und wenn wir andererseits sehen, wie an die Stelle des künstlichen Zusammenflusses, der vor allem auf Substanzsicherung und Substanzvermehrung teilweise mit Hilfe der Inflation bedacht war, wieder mehr die sich an dem Gewinnstreben orientierende, auf den Markt bedachte, von dem Unternehmer-Einzelwillen geleitete Unternehmung tritt, wobei die Ausichten des Einzelbetriebes wieder wachsen, dann wird man diese Entwicklung als einen Weg der allgemeinen Wirtschaftsge sundung nur begrüßen können.

Allgemeine Rundschau

Das erste Jahr des Dawesplanes

Am 1. September d. J. ging das erste Reparationsjahr seit dem Inkrafttreten des Londoner Abkommens zu Ende. Im Ausland sowohl wie im Inland glaubt man aus diesem Anlaß auf das bisherige gute Funktionieren des Dawesplanes mit Befriedigung hinweisen zu sollen. Tatsächlich wurden auch die bis 1. September fälligen Zahlungen in Höhe von einer Milliarde Mark pünktlich geleistet, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß von der deutschen Wirtschaft aus eigener Kraft nur 200 Millionen aufgebracht wurden, während der Rest auf die internationale Anleihe entfiel. Soweit die Technik der Aufbringung der Mittel wie die Uebertragung der deutschen Zahlungen an die Gegenseite in Frage kommt, wird zugegeben werden müssen, daß sich der neue Reparationsplan bewährt hat. Das nunmehr beginnende zweite Reparationsjahr, in das Deutschland nicht mehr auf den Rücken ausländischer Hilfeleistung, d. h. ohne den Ertrag einer ausländischen Anleihe, hineingeht, wirkt schwieriger Probleme auf. In diesem Jahr ist Deutschland ganz auf sich angewiesen und soll Gesamtleistungen von 1,22 Milliarden an die Gegenseite abführen. Es wird härtester Kraftanstrengung bedürfen, um die deutsche Volkswirtschaft in den Stand zu setzen, eine derartige Leistung im zweiten Jahre auszubringen.

Der Dawesplan beruhte auf zwei Voraussetzungen: einmal darauf, daß die deutsche Wirtschaft infolge der ihr zugehenden Schonzeit von einem Jahre und des Erfolges der ausländischen Anleihe eine Belebung erfahren würde; dann aber auch darauf, daß das Dawes-Gutachten eine Erklärung der Wirtschaft der europäischen Staaten und der gesamten Weltwirtschaft erwartete, die auf diese Weise zur Aufnahme ausreichender Mengen deutscher Produkte befähigt werden sollte.

Sind nun diese Voraussetzungen erfüllt? Die Lage des Welthandels hat sich inzwischen nicht gebessert, sondern eher verschlechtert, wobei hier nur auf die Krise im europäischen Kohlenbergbau hingewiesen werden soll. Und was den deutschen Außenhandel betrifft, aus dessen Ueberflüssen das Dawes-Gutachten in

Am 5. Sept. 1925 ist der Föderationsdreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

der Hauptfrage künftige Reparationszahlungen herzu-leiten gedachte, so ist festzustellen, daß der gegenwärtige Stand der deutschen Außenhandelsbilanz ein alles anderes als betriebliger ist. Im Jahre 1924 war ein Passivum von 2,7 Milliarden entstanden, und bereits im ersten Halbjahr 1925 ist der Warenverkehr mit fast 2,3 Milliarden passiv. Auch wenn man berücksichtigt, daß in diesem Passivsaldo von 2,3 Milliarden eine starke Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln enthalten ist, die den Lebensmittelimport des ersten Halbjahres 1924 um fast 900 Millionen übersteigt, und wenn man annimmt, daß dieser Lebensmittelimport wegen der im allgemeinen günstigen diesjährigen Ernte künftig zum großen Teil in Fortfall kommen wird, so bleibt es doch unwahrscheinlich, daß die im Dawesplan angenommene Ausbringung der Reparationszahlungen aus den Erträgen des deutschen Außenhandels für die nächste Zeit möglich sein wird. Der Unsicherheitsfaktor ist um so größer, als die Aufnahmefähigkeit für deutsche Waren im Ausland bei den allgemeinen Schutzollbestrebungen sehr zu wünschen übrig läßt und eine Wandlung hierin in absehbarer Zeit nicht erhofft wird. Also optimistische Schlüsse aus dem reibungslosen Ablauf des ersten Reparationsjahres gemäß dem Dawesplan zu ziehen, liegt also keine Veranlassung vor.

Gewerbehygiene

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hält vom 13.—30. September in Essen eine Reihe bedeutender Veranstaltungen ab. Vom 13.—15. September findet die zweite Jahreshauptversammlung der Gesellschaft in Essen statt, auf deren Tagesordnung insbesondere die Fragen der gewerblichen Kohlenoxydvergiftung und ihre Verhütung und der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedeutung der Einwirkung von Temperatur und Feuchtigkeit in industriellen Betrieben und Anlagen auf den Arbeiter und ihre Verhütung stehen, die von führenden Wissenschaftlern der Medizin und der Technik behandelt werden.

Vom 16.—19. September findet ganztägig ein gewerbehygienischer Vortragskurs statt, aus dessen reichhaltigem Programm besonders Vorträge über Hygiene und Unfallverhütung im Bergbau, Beleuchtungs-hygiene, die Arbeitsseignung, erste Hilfe und erste Wundbehandlung, hervorgehoben werden müssen.

Olfrichtig mit der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft wird in Essen eine gewerbehygienische Ausstellung „Gesundheit und Arbeit“ eröffnet, deren Programm eine Uebersicht über die wichtigsten Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gibt.

Auskünfte über alle Veranstaltungen erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 9.

Die Zeitschriftenreflexe

im Handel nimmt in letzter Zeit einen so großen Umfang an, daß auch ein aufmerksamer Gewerkschaftler nicht achtlos daran vorübergehen sollte. In der Hauptfrage wendet man sich an die „Kinder, und zwar in wohl berechneter Absicht. Zurzeit sind uns nicht weniger als sieben solcher Zeitschriften der Profitwirtschaft bekannt.

„Der kleine Coco“ wird von dem Margarinekonzern Jürgens und Prinzen in Goch herausgegeben. Dieser Konzern kommt mit einer Kinderzeitschrift noch nicht aus und lockt deshalb die Kinder auch noch durch eine „Sachzeitung für liebe kleine Kinder“, dem „Nipz“ an. Damit sie nur eine bestimmte Margarinemarke holen, wenn sie zum Einkauf geschickt werden. Ein anderer Margarinekonzern (v. d. Bergh in Cleve) gibt die „Blauhandwoche“ heraus, ebenfalls eingestellt auf kindliche Eigenart und Auffassungsgabe. Für das Saargebiet erscheint z. B. der „Hermelia Kurier“, der seine Phantasiebezeichnung von dem Namen eines tüchtigen Generalvertreter für eine der vorgenannten Margarinekonzerne ableitet. Die „Elba Flanderei“ kamst ebenfalls um ihre „beste“ Margarinemarke und bei jenseitig Aufwand konnten auch die Kleinhändler nicht zurückbleiben und gehen durch ihre Verbände die Zeitschriften „Oren und Verd“ und „Die kluge Hausfrau“ heraus. Diese beiden Zeitschriften wenden sich mehr an die Erwachsenen. Es läßt sich nicht leugnen: Die Aufmachung und der Inhalt ist besonders bei den Kinderzeitschriften sehr geschickt, ja man kann sagen, oft raffiniert der kindlichen Auffassungsgabe angepaßt. Wer Gelegenheit hat zu beobachten, muß sagen, daß die Kinder hinter diesen bunten Zeitschriften genau so scharf her sind, wie vielfach leider noch hinter den bekannten Schandheften.

Kann ein überzeugter Gewerkschaftler achtlos an diesem Treiben vorübergehen? Nein! Wir haben kein Interesse daran, unsere Kinder in den Reklamezeit der verschiedensten Fabrikonzerne und Händlervereinigungen zu stellen; wir dienen unteren gewerkschaftlichen Interessen weit mehr, wenn wir unsere Angehörigen und insbesondere auch die Kinder anregen, die Mitgliederzeitschrift des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine „Die Genossenschaftsfamilie“ zu lesen. Auch diese genossenschaftliche Zeitschrift hat eine gut ausgestattete Kinderbeilage. Wir sind dann nicht nur sicher, daß den Kindern einwandfreier Lesestoff geliefert wird, sondern unterstützen damit auch das Erziehungsziel für recht genossenschaftliche Bestrebungen im Sinne einer festen Gemeinschaftsarbeit.

Carifsbewegung

Bezirk Hannover

Braunlage (Harz). Zu Nr. 32 der „Baugewerkschaft“ erschien eine Notiz, wonach ein gewisser Karl Otto aus Jützenbach, Kreis Worbis, in Braunlage Streifbrecherarbeit verrichtet hat. Die Aufmachung dieser Notiz kann leicht den Eindruck erwecken, als wenn sämtliche Kollegen aus Jützenbach aus demselben Holz geschnitten wären. Da diese Charakterisierung ein vollständig falsches Bild von dem wirklichen Geist der Jützenbacher Kollegen gibt, sehen sich die in Gladbach arbeitenden Kollegen aus dieser Gegend veranlaßt, folgendes zur Richtigstellung zu bemerken: Zunächst stellen wir fest, daß der fragliche Karl Otto nicht Maurer, sondern Maurerpolier ist, und scharf Mitglied unseres Verbandes sein kann, da er im vergangenen Jahre den „freien“ Gewerkschaften angehörte. Daher erscheint es uns geradezu ungeheuerlich, wenn man die Handlungsweise des Otto auf uns übertragen will. Wir weisen eine derartige Unterstellung, als ob wir Jützenbacher Kollegen unsere gewerkschaftliche Pflicht nicht erfüllten, mit aller Entschiedenheit zurück. Wie der Artikelschreiber zu einer solchen Behauptung kommen kann, ist uns unerklärlich. Wir haben bisher stets unsere Pflicht gegenüber der Organisation getan und werden sie auch in Zukunft tun.

Mehrere Jützenbacher Kollegen

Zu dieser Richtigstellung wird uns von dem Ein-sender der beanstandeten Notiz geschrieben:

In dem genannten Bericht ist an keiner Stelle davon die Rede, daß für das Verhalten des Karl Otto die gesamte Kollegenschaft aus Jützenbach verantwortlich gemacht werden soll. Der Schreiber des Berichtes aus Braunlage hat mit seinem Bericht der Öffentlichkeit und insbesondere den Jützenbacher Kollegen nur zeigen wollen, wie der Karl Otto gehandelt hat. Im übrigen ist es ihm recht gut bekannt, daß in Jützenbach erfahrungsgemäß noch eine große Anzahl tüchtiger Gewerkschaftler vorhanden ist. Aber es sind dort auch einige Kollegen, bei denen der gewerkschaftliche Geist zu wünschen übrig läßt. Hier Besserung herbeizuführen, sollte der Zweck der Notiz sein.

Die Auslösung im Isoliergewerbe

Die Auslösung von 4 M. pro Tag, wie sie im Reichstarifvertrage vom 15. August 1924 festgelegt wurde, reichte seit langem nicht mehr aus, um auch nur annähernd die Lebenshaltung am Montageorte zu decken. Nachdem die Verträge, auf dem Wege der Verständigung zwischen den Parteien eine Erhöhung herbeizuführen, an der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber schon vor geraumer Zeit gescheitert waren, wurde am 25. August im Arbeitsministerium unter Leitung des Referenten Bauer verhandelt. Die Arbeitgeber erklärten auch diesmal — wie immer —, daß das Gewerbe eine Erhöhung nicht tragen könne. Ein Vertreter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet verteidigte sich sogar zu der Behauptung, daß die Isolierer jenes Gebietes selbst seiner Ueberzeugung seien, und daß sie eine Erhöhung nicht wünschten. Die diesbezüglichen Anträge seien nur Machinationen der Gewerkschaftsführer, nicht aber der Isolierer selbst. Es wird gut sein, wenn sich unsere Isolierer einmal zu dieser Behauptung äußern, denn Wahrheit kann in solchen Dingen nur fördern wirken. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, blieb nur der Weg des Schiedsverfahrens. Nach längerer Beratung wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Im Tarifstreit

zwischen dem Wirtschaftsbund des Isoliergewerbes in Deutschland, E. S.

und

dem Deutschen Baugewerksbund

sowie

dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands

hat die Schiedskammer, die der auf Grund des Artikels I § 2 Abs. 1 Satz 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter gebildet hat, in der Sitzung vom 25. August 1925 im Reichsarbeitsministerium, an dem teilgenommen haben die Herren

Bauer vom Reichsarbeitsministerium, als Schlichter, Fabrikbesitzer Streckmeier, Fabrikbesitzer Semmel

als Beisitzer auf Arbeitgeberseite, Gewerkschaftssekretär Piel, Gewerkschaftssekretär Wiedeberg als Beisitzer auf Arbeitnehmerseite, folgenden Schiedsspruch gefällt:

Die Auslösung gemäß § 5, Abschnitt B, Punkt 3, Absatz des Reichstarifvertrages vom 15. August 1924 beträgt ab 1. September 1925 bis zum Ablauf des Reichstarifvertrages 5 Mark.

Der Schlichter,

gez. Bauer.

Stift für die Erklärung der Parteien untereinander und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber bis spätestens 8. September d. J.

Der Schlichter,

gez. Bauer.

Dieser Schiedsspruch befriedigt zwar nicht, bringt aber immerhin einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande. Aufgabe der Isolierer muß es sein, nicht nur für Durchführung des Schiedsspruches Sorge zu tragen, sondern sich auch bewußt zu sein, daß Stärkung der Organisation ein Gebot der Stunde ist. Also Vorbereitung für unseren Verband!

Affordtarif im Rheinisch-Westfälischen Stuckgewerbe

Wenn auch fast zweijährige Vorarbeit notwendig war, um wieder gesunde Verhältnisse in die Affordarbeit zu bringen, so kann doch jetzt festgestellt werden, daß dieselben durch den am 15. Juli dieses Jahres abgeschlossenen Affordtarifvertrag geschaffen sein müssen. Der Drang der Gehilfenschaft ging seit langem dahin, unbedingt wieder eine feste Unterlage für die Preisberechnung der laufenden Arbeiten durch Vertrag zu sichern. Der Wunsch ist jetzt erfüllt. Durch langwierige Verhandlungen, die letzten Endes den Streit der Stuckateure und Nutzer in Duisburg zur Folge hatten, ist der SI Positionen umfassende Affordtarifvertrag zustande gekommen. Sicherlich hat der neue Vertrag mit seinen Preisfestsetzungen nicht alle Wünsche der Kollegen erfüllt. Immerhin ist aber zu berücksichtigen, daß es sich um die erste Preisfestsetzung nach der Stabilisierung unseres Geldes handelt, und daß die Arbeiten, die heute als modern gelten und alltäglich hergestellt werden, mit in den Tarif aufgenommen sind. Aufgabe aller Stuckateure im Vertragsgebiet muß es sein, den neuen Vertrag auf seine Güte hin zu prüfen. Das kann nur durch seine praktische Anwendung geschehen. Mängel können nur dann festgestellt werden, wenn man es versteht, die nötigen Feststellungen zu machen. Abschlagsabrechnungen werden dafür die deutlichste Sprache reden. Hierbei muß deutlich hervorgehoben werden, daß genaue Feststellungen nur dann gemacht werden können, wenn auch die achtstündige Arbeitszeit überall eingehalten wird. Besonders Gewicht müssen unsere Kollegen auf das Wort „überall“ legen. Es ist nun einmal an der Tagesordnung, daß die Arbeitgeber bei jeder sich bietenden Gelegenheit von Riesen-Leberverdiensten bei Affordarbeiten reden, die ihre Gehilfen angeblich erreicht haben. Daß die Arbeitgeber den am meisten mit-sprechenden Grund für den hohen Affordüberschuß nicht gelten lassen wollen, ist erklärlich. Dieser liegt nämlich recht oft in der Leberstreckung des Achtstundentages. Alles, was über die achtstündige Arbeitszeit hinaus verdient wird, schlägt man zum Affordüberschuß, der sich dadurch enorm erhöht. Wenn wir auch mit Genugtuung feststellen können, daß von den Stuckateuren in Leberstreckung ihres Tarifes nicht oft gesündigt wurde, so müssen doch einzelne Vorkommnisse unumgänglich gemacht werden. Gewerkschaftliche Grundzüge dürfen bei der Affordarbeit ebensowenig über Bord geworfen werden, wie sonst. Unsere Kollegen haben es sicherlich zur Genüge verspürt, was es heißt, ohne eine feste tarifliche Unterlage zu arbeiten. Hoffentlich vergessen sie die Vergangenheit nicht und wirken geschlossen mit an der Verbesserung ihres Tarifes. Auch sollte es Aufgabe der Verbandsmitglieder sein, keinen Unorganisierten neben sich zu dulden. Wer die Früchte der Organisation ernten will, der muß auch mit säen. Es wird stets der Nachweis erbracht werden können, daß bestehende Tarife und Vereinbarungen meistens durch Unorganisierte zum Schaden der Allgemeinheit nicht beachtet werden. Gewerkschaftliche Mitarbeit jedes einzelnen Mitgliedes wird uns Verbesserungen für die Zukunft garantieren. A. Ernst, Dortmund.

Aus dem Verbandsleben

Gespannte Lage

Aus Weidenau wird uns geschrieben: Die letzten schweren Kämpfe unserer Kollegen in Nord- und Südwestdeutschland haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß der vereinigte Angriff des Großkapitals, insbesondere der Schwerindustrie, gegen die Bauarbeiter gerichtet ist als den Schrittmachern der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Ausgangspunkt war die Lohnvereinbarung vom 22. Mai für das Rheinisch-Westfälische Zugsgebiet. In diesem Tage war für die dortigen Kollegen eine Lohnerböhung bis zu 31 Prozent erzielt worden. Dadurch gelangten die Bauarbeiter in diesem Gebiet hinsichtlich der Lohnhöhe über die Berg- und Metallarbeiter. Hinzu kam als nicht zu unterschätzender Faktor, daß dieser gewaltige Lohnerfolg nicht durch Schiedsspruch, sondern durch neuntägigen Kampferwartungen worden war. Dieses, die Lohnhöhe und die Kampfesstärke der Bauarbeiterorganisation, reizte die Herren in der Großindustrie und im Bergbau, ihre wirtschaftliche Rechtfertigung die Bauarbeiter jähren zu lassen. Unsere „Baugewerkschaft“ berückte eingehend darüber, mit welchen Mitteln und Schikanen seitens dieser Kreise vorgegangen wurde, um die Bauarbeiter und ihre Organisationen schadenhaft zu setzen. Und der Erfolg? Freilich wurden viele Banken durch den schwerindustriellen Terror stillgelegt, weshalb eine Reihe Kollegen in andere Gebiete abwandern mußte. Aber der Endzweck der Großindustrie nicht gescheit. Die meisten unserer Kollegen sind an der Arbeit, und der Lohn wird überall gezahlt. Die Widerstände, die hier und da auftraten, wurden mit der Zeit beseitigt. Nichtsdestoweniger haben die Schwerindustrie und der Bergbau ihre Ziele noch nicht aufgegeben. Sie hegen die bekümmerte Absicht, am 1. Oktober die jetzigen Löhne gewaltig zu reduzieren. Ob es ihnen gelingt, hängt zum großen Teil von der gewerkschaftlichen Treue und Disziplin unserer Bauarbeiter ab. Im Augenblick, wo diese Ziele geschrieben werden, hängt das Weipend der Generalsperrung in der Luft. Ob sie Wirklichkeit wird oder nicht, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Jetzt steht, daß das ganze Treiben des Großkapitals darauf hinausläuft, die organische Entwicklung im Baugewerbe hinsichtlich der Lohngestaltung zu unterbinden. Wir Bauarbeiter müssen uns darüber klar sein, daß die wirkliche Anpassung des Lohnes an den tatsächlichen Kaufwert, also die Steigerung des Reallohnes, von

dem Großkapital mit allen Kräften zu verhindern gesucht wird. Man glaubt bei uns noch immer, mit niedrigeren Löhnen die Wirtschaftskrise beheben zu können. Wir Bauarbeiter wissen, daß, solange die Reichsregierung nicht dafür Sorge trägt, daß ein Rückgang der Warenpreise eintritt, wir einfach gezwungen sind, Lohnerböhrungen zu fordern. Gewiß fanden in der letzten Woche Verhandlungen seitens der Reichsregierung mit den Wirtschaftsführern statt, um einen Preisabbau in die Wege zu leiten. Allein wir glauben nicht eher an eine Senkung der Preise, bis wir sie tatsächlich wahrnehmen. Gar zu oft wurden wir ja in dieser Hinsicht enttäuscht. Hinzu kommt, daß durch die beschlossenen Zollgesetze notwendig eine Verteuerung der Lebensmittel eintreten muß. Wenigleich die Regierung durch den Abbau der Umsatzsteuer glaubt, eine Herabsetzung der Preise zu erwirken, so sind wir doch der Ansicht, daß dieses wieder wett gemacht wird durch die angenommenen Steuer- und Zollgesetze. Sicherlich wäre es möglich, die Preise auf ein erträgliches Maß herabzudrücken, wenn die vielen Zwischenhändler ausgeschaltet würden. Allerdings müßte dann auch dem Preismonopol der Kartelle und Syndikate sowie der wucherischen Zinspolitik der öffentlichen und privaten Geldinstitute ein Ende bereitet werden. Hier wäre es längst an der Zeit, daß die Reichsregierung mit gesetzlichen Maßnahmen in dieses Weipend, wie es Kollege Stegerwald unlängst nannte, hineingriffe, um Ordnung zu schaffen. Freilich muß gesagt werden, daß die Reichsregierung es bisher recht schwächlich angefangen hat, in unseren korrupten Preisverhältnissen Wandel zu schaffen.

Wir glauben also nicht recht an eine Senkung der Preise. Wollen wir andererseits verhindern, daß wir Schaden leiden an unserem Einkommen, dann ist es notwendig, daß wir überall dafür Sorge tragen, daß unser christlicher Bauarbeiterverband, sowohl zahlenmäßig als auch finanziell, so gestärkt wird, daß wir in den Stand gesetzt werden, uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Deshalb muß die Lösung in den nächsten Wochen sein: Stärkung unseres Verbandes! Besonders richtet sich mein Appell an die Vertrauensleute; ihr gutes Beispiel wird die anderen mitreißen.

Stadde (Verwaltungsstellenkonferenz). Am Sonntag, den 16. August, fand unsere Verwaltungsstellenkonferenz für das zweite Quartal statt. Mit Ausnahme von Gostkerhausen und Lembed waren alle Ortsgruppen vertreten. Kollege Einig gab den Kassenbericht. Aus diesem war zu ersehen, daß die Zahl der Neuaufnahmen 175 betrug, die Zahl der aus anderen Verbänden zu uns Uebergetretenen belief sich auf 22, so daß rund 200 neue Mitglieder unserer Verwaltungsstelle im Laufe des Quartals zugeführt werden konnten. An diesem Erfolg haben die Vertrauensleute und Baubeauftragten den Hauptanteil, wofür ihnen der wärmste Dank ausgesprochen sei. Leider sei durch die Stilllegung der vielen Zechenbauten diese gute Entwicklung wieder illusorisch gemacht worden; über 160 Kollegen haben das Verwaltungsstellengebiet verlassen. Der Mitgliederbestand betrug daher am Quartalschluß rund 550. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug rund 5000 Mark. An Beitragsmarken wurden im ganzen 6361 Mark abgegehrt. Zugänglich der beitragsfreien Marken betrug der Durchschnitt pro Mitglied 12 Beitragsmarken, sicherlich ein gutes Ergebnis. Zu der Mitgliederbewegung ist noch zu bemerken, daß die Zahl der Jugendlichen in unserer Verwaltungsstelle sich auf rund 125 beläuft, was für die Zukunft unseres Verbandes das Beste verspricht.

Sodann hob Kollege Einig hervor, daß die Extramarken von dem Kampf im Juni unter allen Umständen von jedem Kollegen zu flehen sind. Der diesbezügliche zum 15. September nicht in seinem Buche hat, hat alsdann einen 50prozentigen Aufschlag zu zahlen. Außerdem wird die Unterstützungsanweisung davon abhängig gemacht.

In der Diskussion über den Kassenbericht unterstrichen die Kollegen Demme, Faust, Hoke, Genschorel, Sommerhoff und Flach das Gejagte und setzten sich entschieden für die Entziehung der Extrabeiträge ein, während Kollege Arends darin eine Zwangsmaßnahme erblickte. Kollege Einig zerstreute diese Bedenken, worauf dann Einstimmigkeit in dieser Frage festgesetzt werden konnte.

Sodann verbreitete sich Kollege Einig in längeren Ausführungen über die Lage im Baugewerbe und erwähnte die Kollegen zur Geschlossenheit und Disziplin, da das Vorgehen der Großindustrie und der Arbeitgeber im Baugewerbe dies erfordere. Um immer über die einzelnen Ereignisse im Baugewerbe auf dem Laufenden zu sein, empfahl er eifrigen Versammlungsbesuch, und das Lesen unserer „Baugewerkschaft“. Er habe den Eindruck, als ob viele Kollegen dieselbe nicht mit dem nötigen Ernst studierten, sonst dürften mitunter nicht die einfachsten Fragen an den Verbandsangestellten gerichtet werden. Im zweiten Teil seiner Ausführungen wies er nach, wie sich die tatsächlichen Gehaltskosten an einem Bauvorhaben stellen. Zum Schluß forderte er zu rühriger und emsiger Verbearbeitung für unsere Organisation auf, denn würden wir die Schicksalsstürme der nächsten Zeit gut überstehen.

Nachdem noch beschlossen worden war, in der nächsten Zeit innerhalb unserer Verwaltungsstelle größere Verbesserungen abzuhalten, schloß Kollege Hoke die sehr anregend verlaufene Konferenz.

Mais. Am Sonnabend, dem 15. August, fand hier eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der der Bezirksleiter Schlichter über die jetzige Krise im Baugewerbe referierte. Anschließend wurde folgender Vorstand gewählt: Kassier, Bonn, erster Vorsitzender, Georg Reich, zweiter Vorsitzender, Marciniowski, Schriftführer, Konrad Lohr, Kassierer, Jakob Embach und Johann Franckler als Revisoren.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Freiburg

Auf Grund des § 18 unseres Statutes wurde ausgeschrieben Franz Kromer, Maurer, Buchnummer 216 292

Sterbetafel

Am 14. August starb unser Kollege **Karl Heiny**, Bauhilfsarbeiter im Alter von 24 Jahren an Blutvergiftung.

Ortsgruppe Freiburg-Neute.

Am 19. August starb unser Kollege **Friedrich Höfert**, im Alter von 33 Jahren.

Verwaltungsstelle Braunschweig.

Am 24. August starb unser treuer Kollege, der Maurerpolier **Heinrich Müller**, im Alter von 60 Jahren infolge Darmkrankheit.

Verwaltungsstelle Niedersorschel.

Ehre ihrem Andenken!

Beachtenswert

für jeden einzelnen Kollegen, besonders aber für die in unserer Liste noch fehlenden Ortsgruppen dürfte sein, daß wir unsere gewiß einzig dastehenden Preise trotz der inzwischen erfolgten gewaltigen Zollerhöhung und der enormen Lohnerböhrungen noch 14 Tage lang halten werden. Ueberzeugen Sie sich wenigstens während dieser kurzen Zeit durch einen unverbindlichen Probebezug — ganz gleich welcher Sorte — beurteilen Sie die einzelnen Qualitäten — unsere Fabrikpreise und Ladenpreise — und Sie werden wie Tausende von Beamten, Kassisten, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. zu unseren dankbaren Abnehmern zählen.

Wir leben für eine große, dankbare Kundschaft.

Bezugsbedingungen: An Ortsgruppen 30 Tage Ziel, erste Lieferung an Kollegen gegen Nachnahme. — Rücksendungsrecht in allen Fällen. Bei Bezügen von M 50.— 50%, von M 100.— 80% Rabatt.

Preise:

- Cigarillos Habannagut, rein aromatisch 8 Pf.
- Mosilla, neumpündige Kopfzigarre mit Grotentabaken . . . 4 "
- Magnet-Gl Sidelis, mild und zulagend 5 "
- Hausmarke-Portia, schneeweiße Brand 6 "
- Hochleistung, eine erstklassige Konsumzigarre 7 "
- Mittelpunkt-Intermezzo, große und beliebte Form 8 "
- Kostbarkeit-Artero-Corona, aromatische Genüßlinge . . . 10 "
- Weißer Nabe, Edelgut, wirkl. Qualitätsfeinheiten 12 "
- Lutetia-Dou Petro, echte Importen u. Dinerziggaren 15 "
- Tropenblätter-Collegium, unübertroffene Erzeugnisse . . . 20 "

Wutz, Manilla-Gold-Schlag,

für jede Pfeife, ein geschmackvoller, leichter Ueberleestabak,

das 1/2-Pfundpaket 60 Pf., das 100-Gramm-Paket 25 Pf.

Wutz, Rippenkanaker, reine, leichte Mischung,

das Pfund 60 Pf.

Bender & Kleinlagel, Zigarren- und Tabakfabriken, Rettigheim bei Heidelberg.

Genehmigt für das gesamte preussische Staatsgebiet

B. V. W. Wohlfahrts-Lotterie

Wertlotterie zum Besten der Erfüllung gegenwärtiger Kulturaufgaben des Bühnenbundes

Ziehung am 1. Oktober 1925 - Preis des Loses 1 Mark

34 960 Gewinne im Gesamtwerte von

200 275 Mark

Gewinnplan:

1. Hauptgewinn:

- 1 Villa mit vollständigem Mobiliar im Werte von 55 000 M (Das Haus wird von der H. Holzmann u. Co. an dem vom Gewinner zu bestimmenden Orte errichtet.)
- 1 Auto (4 PS Hannemann) 7000 M
- 4 Kleintiere (Kanarienvogel) 9200 M
- 1 Fißel 3000 M
- 5 kompl. Zimmerleer. 5000 M
- 6 Motorräder (A. S. B.) 3300 M
- 6 Büchereianstaltungen 4800 M
- 2 Klaviere 2100 M
- 5 Schreibmasch. st. Adler 1250 M
- 5 Nähmaschinen 750 M
- 12 Fahrräder 1800 M
- 30 Armbanduhren 1500 M
- 3 Seppiche 1800 M
- 3 Gasherde 600 M
- 36 Werglisset 1620 M
- 6 Reglia 600 M (Strohhaus Handbuch des Wissens in 4 Bänden)
- 4 Atlanten I 480 M
- 5 Atlanten II 450 M
- 100 Klavierausgaben 3000 M
- 1000 Zehnmarken-Kappen 5000 M
- 250 Kunstmappen 9000 M

34 960 Buchgewinne, Romane und Dramen, in Einzelbänden oder Zusammenstellungen meist mod. Werke im Werte von 2.— Mark bis 7.50 Mark, zusammen 83 125 M.

34 960 Gewinne im Gesamtwerte von **200 275 Mark**

Loose erhältlich durch alle Geschäftsstellen des Bühnenbundes und bei allen durch Plakate kenntlich gemachten Stellen.

Direkter Vertrieb durch die Lotterie-Leitung Frankfurt a. M., Im Sachsenlager 1, gegen Einreichung des Betrages auf Postcheckkonto 47 703 Frankfurt am Main „Pfleger deutscher Geinnattspiele“. Es gelangen insgesamt nicht mehr als 450 000 Lose zur Herausgabe. — Zahl und Wert der Gewinne hiermit verglichen, zeigt die außerordentlich günstige Gestaltung des Gewinnplanes.

Zustellung der Gewinne erfolgt nach der Ziehung durch die Lotterieleitung. — Gewinnlisten werden in allen Loseverkaufstellen erhältlich sein.